

## Hintergründe und Erläuterungen zum Statementpapier des Rates

---

Alle im Rat vertretenen Parteien sind sich einig: Das Vertrauensverhältnis zum Bürgermeister ist nachhaltig zerrüttet.

Aber was sind die Gründe dafür? Diese sollen hier näher erläutert werden.

Die Gründe, die letztlich zu dem Abwahlverfahren geführt haben, setzen sich aus zahlreichen öffentlichen und vertraulichen Vorfällen zusammen. Während wir hier offen über die nicht vertraulichen Dinge berichten dürfen, gibt es auch viele Vorkommnisse, die sich im vertraulichen Bereich ergeben haben. Aus den nichtöffentlichen Sitzungen darf nicht berichtet werden, für Ratsmitglieder gilt die Verschwiegenheitspflicht. Wann etwas öffentlich oder nichtöffentlich ist, erfahren Sie [hier](#).

### Neue Strukturen ohne konstruktive Zusammenarbeit mit dem Rat der Stadt

Der Rat ist nach der Gemeindeordnung die Vertretung der Bürgerinnen und Bürger und das oberste Willensbildungs- und Beschlussorgan der Stadt. Der Bürgermeister hat die Ratsbeschlüsse vorzubereiten und auszuführen und über die Ausführung der Beschlüsse dem Hauptausschuss regelmäßig zu berichten (weitere Informationen zur Aufgabenteilung erhalten Sie [hier](#)). Rat und Bürgermeister müssen daher zum Wohle der Stadt eng und kooperativ zusammenarbeiten.

Ein Miteinander von Rat und Bürgermeister gibt es in Wedel nicht mehr, seit Herr Kaser sein Amt übernommen hat. **Herr Kaser hat kein Interesse, sich mit den Ratsmitgliedern auszutauschen.** Wenn er Ideen entwickelt, so selten im Rathaus mit den dort Beschäftigten oder dem Rat. Seine Vorstellungen von Veränderungen entstehen in der Regel in seinem privaten Umfeld bzw. über externe Berater, die aus Sicht des Rates eine Art **Nebenkabinett** bilden, aber für Informationen und Diskussionen nicht zur Verfügung stehen. Bei der Umsetzung seiner Vorschläge ist Herr Kaser jedoch auf den Rat angewiesen. Es ist daher absolut kontraproduktiv und widerspricht der Aufgabenverteilung nach der Gemeindeordnung, wenn Herr Kaser sich über mögliche strukturelle Veränderungen nicht mit dem Rat austauscht.

Wer einmal als Zuschauer eine öffentliche Sitzung im Rathaus miterlebt hat, konnte **das passive Verhalten des Bürgermeisters selbst erleben**. In Diskussionen hält er sich zurück, schaut während der Sitzungen überwiegend auf seinen Rechner und wirkt oft geistig abwesend. So konnte er beispielsweise der Beratung über die „Brötchentaste“ in der Ratssitzung am 22. Februar 2024 nicht richtig folgen. Nachdem zwei Ratsmitglieder Kritik an der geplanten Abschaffung geäußert hatten, schlussfolgerte er fälschlicherweise auf eine mehrheitliche Ablehnung durch den Rat. Direkt angesprochen ist Herr Kaser im Rat und in den Ausschüssen ohnehin selten rede- bzw. auskunftsfähig, weil er sich in Vorgänge, die ihn persönlich nicht interessieren, nicht richtig einarbeiten kann oder will.

Statt direkt mit den politischen Verantwortlichen zu kommunizieren, wählt Herr Kaser die Kommunikation über soziale Medien mit ihrem Krawallpotential. **Konstruktive Ergebnisse zum Wohle der Stadt lassen sich so nicht erzielen.**

## Disziplinarverfahren des Innenministeriums gegen Herrn Kaser

Die Pressestelle des Innenministeriums in Kiel hat bestätigt: Gegen Herrn Kaser wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

Zum Hintergrund: Im Zuge einer Sachverhaltsaufklärung ergaben sich unterschiedliche Rechtsauffassungen zwischen dem Haupt- und Finanzausschuss (HFA) sowie dem Bürgermeister. Der HFA ist der Dienstvorgesetzte des Bürgermeisters und bat die Kommunalaufsicht um Klärung der offenen Rechtsfrage. Anstatt diese Frage zu beantworten, leitete das Innenministerium ein Disziplinarverfahren gegen den Bürgermeister ein.

**Falsch ist** die Behauptung von Herrn Kaser, dass die Kommunalaufsicht gezwungen war, ein Disziplinarverfahren einzuleiten, um die Rechtsfrage beantworten zu können.

**Richtig ist**, dass das Innenministerium ein Disziplinarverfahren eingeleitet hat, weil das Ministerium zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für ein Dienstvergehen von Herrn Kaser sieht.

Gegenüber der Presse hat das Innenministerium bestätigt: **Es bestehe der Verdacht, dass Herr Kaser**

- **durch sein Verhalten gegenüber einem seiner Mitarbeiter gegen seine Pflicht zu achtungs- und vertrauenswürdigen Verhalten und**
- **gegen seine Pflicht zu gewissenhafter Amtsführung verstoßen hat.**

Der Bürgermeister ist Beamter und hat sich an die für Beamte geltenden Regeln zu halten.

Weitere Auskünfte zum Disziplinarverfahren kann nur das Innenministerium erteilen.

## Missachtung von Verwaltungsvorschriften und Gesetzen

Auch wenn wir uns hierbei in weiten Teilen im Bereich der Nichtöffentlichkeit bewegen, so sind doch ein paar Vorfälle auch öffentlich zu beobachten gewesen:

### Zwei Fälle von Verstößen gegen den Datenschutz

Herr Kaser hatte zwei Dokumente auf Facebook hochgeladen, in denen personenbezogene Daten Dritter ungefragt veröffentlicht wurden.

- Das Schreiben der Kommunalaufsicht an den Stadtpräsidenten zum Thema Mediation zwischen Rat und Bürgermeister vom 24.01.2024. Hier waren neben dem Stadtpräsidenten Namen und Kontaktdaten der Sachbearbeiter zu sehen.
- Das Widerspruchsschreiben in Sachen Wedel Marketing im Januar 2024. Auch hier waren die Verfasserin des Briefes als auch ein vermeintliches Vorstandsmitglied des Vereins mit vollen Namen sowie der Telefonnummer der Sachbearbeitung genannt.

Beides waren klare Verstöße gegen den Datenschutz bzw. die Datenschutzgrundordnung (DSGVO).

### Missachtung der Rechte des Personalrates

In der Ratssitzung am 23.11.2023 forderte Herr Kaser den Personalrat auf, innerhalb von 14 Tagen weitere Aufklärungsarbeit zur durchgeführten Mitarbeiterbefragung zu tätigen und „Fakten“ zu liefern (Link zum Protokoll). Als Führungskraft mit Führungserfahrung hätte Herr Kaser wissen müssen, dass dieses

- nicht die Aufgabe eines Personalrates ist
- er nicht befugt ist, dem Personalrat solche Aufträge zu erteilen.

Mehr zu den Vorfällen rund um die Mitarbeiterbefragung erfahren Sie [hier](#).

Gemäß der Auswertung der Beschäftigtenbefragung sowie dem Statement des Personalrates (nachzulesen [hier](#)) hat der Bürgermeister wiederholt bei Versetzungen, Umstrukturierungen etc. die Mitbestimmungsrechte des Personalrates missachtet.

**Falsch** ist die Behauptung von Herrn Kaser, die Mitbestimmungsrechte im öffentlichen Dienst wären im Vergleich zur freien Wirtschaft eingeschränkt.

**Richtig** ist, dass der Personalrat die gleichen Rechte genießt wie ein Betriebsrat in der freien Wirtschaft und diese natürlich von ihm als Leitung der Verwaltung einzuhalten sind.

Die Behauptung von Herrn Kaser in diesem Zusammenhang ist umso erstaunlicher, da er für sich beansprucht, umfangreiche Personalführungs- und Personalrechtliche Kenntnisse zu besitzen. Den Gesetzestext dazu finden Sie [hier](#).

§ 51 Abs. 1 Mitbestimmungsgesetz Schleswig-Holstein bestimmt zum Umfang der Mitbestimmung:

„Der Personalrat bestimmt mit bei allen personellen, sozialen, organisatorischen und sonstigen innerdienstlichen Maßnahmen, die die Beschäftigten der Dienststelle insgesamt, Gruppen von ihnen oder einzelne Beschäftigte betreffen oder sich auf sie auswirken. Das gleiche gilt, wenn die Dienststelle Maßnahmen für Personen trifft, die der Dienststelle nicht angehören, jedoch für sie oder die ihr angehörenden Beschäftigten tätig sind und die innerhalb der Dienststelle beschäftigt werden. Die Mitbestimmung findet nicht statt bei Weisungen an einzelne oder mehrere Beschäftigte, die die Erledigung dienstlicher Obliegenheiten oder zu leistender Arbeit regeln.“

#### **Verletzung der Auskunftspflicht gegenüber der Presse**

In diesem Land gibt es die Pressefreiheit und sie ist ein hohes Gut. Nach dem Landespressegesetz haben die Behörden grundsätzlich die Pflicht, die Presse bei der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben zu helfen. Das bedeutet, sie haben gewünschte Auskünfte zu erteilen, sofern diese nicht der Vertraulichkeit unterliegen. Dieser gesetzlichen Pflicht kommt Herr Kaser nicht nach, wenn er der Presse auf ihre Anfragen trotz Auskünfte und Stellungnahmen verweigert.

#### **Verletzung der Vertraulichkeit**

Der Bürgermeister hat wiederholt Menschen bei vertraulichen E-Mails in Kopie mitlesen lassen, obwohl die dort enthaltenen Informationen nicht für sie bestimmt waren. So geschehen beispielsweise im Winter / Frühjahr 2023: Hier setzte der Bürgermeister den Stadtpräsidenten und die damalige HFA-Vorsitzende mit in den Verteiler, als es um personelle Einzelmaßnahmen bezüglich einer Mitarbeiterin ging.

Im April 2023 gab er Inhalte aus vertraulichen Sitzungen zur Schließung der Kita „**Kleine Strolche**“ an zwei Elternvertreter der Kita weiter. Dieses geschah ohne Rücksprache mit den Verantwortlichen der Verwaltung und **bevor** der Träger der Kita oder die Leitung und Mitarbeitenden informiert waren.

Am 27.07.2023 schickte Herr Kaser eine E-Mail an alle im E-Mail-Verteiler der Stadt befindlichen Personen (über 450 Empfänger, auch Nichtbeschäftigte der Stadt). Er informierte über die geplante Umbesetzung bzw. Neustrukturierung in seinem Vorzimmer. In der E-Mail erläut-

terte er die Hintergründe, warum er diese Maßnahme für notwendig hält und hat damit die Persönlichkeitsrechte der betroffenen Mitarbeitenden verletzt.

## **Mangelhafte Kenntnisse der öffentlichen Verwaltung**

Als gewählter Bürgermeister von Wedel hat **Herr Kaser nicht das „Sagen“ in Wedel**, sondern hat als Chef der Verwaltung die politischen Beschlüsse zusammen mit den Verwaltungsmitarbeitenden umzusetzen. Mehr zur Aufgabenteilung erfahren Sie [hier](#).

Bis heute hat Herr Kaser diese **Aufgabenteilung zwischen Rat, Bürgermeister und Verwaltung nicht verstanden**. Herr Kaser verweigert nicht nur eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Rat, sondern missachtet auch immer wieder das Informationsrecht der Ratsmitglieder. So werden wichtige Informationen nicht weitergegeben. Ein besonders gravierender Vorfall war beispielsweise die unterbliebene Information an alle Ratsmitglieder unmittelbar nach der Freigabe des Haushaltes 2023 im April 2023 durch die Kommunalaufsicht. Statt aller 40 Ratsmitglieder informierte der Bürgermeister lediglich die 12 Mitglieder des Lenkungsausschusses zur Haushaltskonsolidierung. Alle anderen erhielten erst zwei Wochen später auf Nachfrage eines Ratsmitgliedes hiervon Kenntnis.

Mehr Infos: Der alte Rat bestand neben den 6 Fraktionen zusätzlich aus drei fraktionslosen Mitgliedern. Erhielten Fraktionsvorsitzende Informationen, so gaben sie diese natürlich an ihre Mitglieder weiter, die drei fraktionslosen Mitglieder waren von diesen Informationen jedoch abgeschnitten. Gerade die Genehmigung des Haushaltes ist für die Ratsmitglieder sehr wichtig zu erfahren und hätte unverzüglich verschickt werden müssen. Bis zur Genehmigung darf die Verwaltung nur Gelder für gesetzliche Pflichtaufgaben ausgeben. Erst wenn der Haushalt genehmigt ist, dürfen auch andere Ausgaben getätigt werden. Das fängt beim normalen Bürobedarf an und reicht über soziale Ausgaben bis hin zur Beauftragung von notwendigen Beratern oder Gutachtern.

Im Februar 2024 wollte Herr Kaser in der laufenden Ratssitzung kurzerhand die Tagesordnung ändern und eine Beschlussvorlage zum B-Plan 27d streichen lassen. Nach fast zwei Jahren im Amt wusste der Bürgermeister immer noch nicht, dass am Anfang einer Sitzung über die Tagesordnung abgestimmt wird, Einwände können hier vorgebracht und die Tagesordnung angepasst werden. Eine Änderung der Tagesordnung bei laufender Sitzung ist aber nicht zulässig.

## **Mangelndes Führungsverhalten – Klima der Angst und Demotivation in der Verwaltung**

Die Aufgabe des Bürgermeisters nach dem Gesetz lautet: Führung der Verwaltung nach den Grundsätzen des Rates und **nicht Führung nach Gutsherrnart**. Der Erfolg der Stadt hängt von motivierten und engagierten Beschäftigten ab. Der Rat will deshalb eine Führungskultur, in der die Beschäftigten sich von der Leitung wertgeschätzt und unterstützt fühlen und auch offen ihre Meinung sagen können. Das sind die Grundsätze des Rates, an denen sich der Bürgermeister nach der Gemeindeordnung zu richten hat.

**Zu einer modernen Verwaltungsführung gehört**, dass der Bürgermeister Befugnisse auf Mitarbeitende delegiert. Dies führt zu einer Verkürzung und Vereinfachung der Entscheidungswege und erhöht die Motivation der Mitarbeiterschaft. Das ist auch die gängige Praxis in allen funktionierenden Kommunen mit guter Zusammenarbeit zwischen ehrenamtlicher und hauptamtlicher Verwaltung. Extrem behindernd und unpraktikabel ist es, wenn alle Vorgänge zwischen Rat und Stadtverwaltung über den Tisch des Bürgermeisters gehen müssten.

Herr Kaser wirkt in der Außendarstellung oft nett und freundlich, **intern verhält er sich jedoch völlig anders und kann mit Kritik nicht umgehen**. Sein Verhalten ist dann übergriffig und aggressiv. Die Öffentlichkeit konnte dieses beispielhaft in der Ratssitzung vom 22. Februar 2024 beobachten. Nachdem massive Kritik durch die Ratsmitglieder an seinem Führungsverhalten geübt wurde, reagierte er sehr unsouverän und ungerechtfertigt mit einer Attacke auf die Arbeit eines Ratsmitglieds. Diese Reaktion war noch gebremst durch die vorhandene Öffentlichkeit. (Zu seinem internen Verhalten siehe auch den Abschnitt „Disziplinarverfahren des Innenministeriums gegen Herrn Kaser“.)

Die Befragung der Beschäftigten im Herbst 2023 offenbarte die desolate Situation im Rathaus. An der Befragung hatten 71 % der Beschäftigten aus dem Rathaus teilgenommen, von denen 94 % angaben, der Bürgermeister wäre für die **schlechte Stimmung und Demotivation** im Rathaus verantwortlich. Schon im Frühjahr 2023 zeichnete sich ein Bild der Unzufriedenheit im Rathaus ab, anstatt sich um eine Verbesserung der Situation zu kümmern, hat Herr Kaser dieses bis zuletzt kleingeredet.

Auffällig in öffentlichen Verlautbarungen ist, dass der Bürgermeister zunächst seine Person bei Erfolgen in den Vordergrund stellt und dabei **„vergisst“ er dann regelmäßig die Erfolge seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu würdigen**. So stellt er beispielsweise den Fortschritt bei den Haushaltskonsolidierungen immer wieder als seinen Erfolg dar. Tatsächlich haben diese Lorbeeren aber ein Fachbereichsleiter und der Kämmerer der Stadt Wedel verdient. Auch die bereits erwähnte E-Mail an den Gesamtverteiler der städtischen Beschäftigten zur Umstrukturierung seines Vorzimmers war sicher nicht motivationsförderlich.

Verschiedene Beschäftigte fühlen sich im Führungsverhalten **von Herrn Kaser bedroht und unter Druck gesetzt**. Solch ein Erlebnis beschreibt auch eine Ratsfrau:

„Ich hatte in einer Ratssitzung eine für Herrn Kaser unangenehme Frage gestellt. Dabei ging es um einen Antrag, der seit Wochen im Rathaus verschollen, da nicht weiterbearbeitet war. Ich vermutete, dass dieser im Zuge der Anweisung „Alles über meinen Tisch“ dort seit ca. 10 Wochen lag und fragte Herrn Kaser, ob dies der Fall sei. Es war deutlich, dass ihm diese Anfrage missfiel. Wütend darüber nutzte Herr Kaser eine kurze Sitzungsunterbrechung und kam zu meinem Platz. In einer für mich durchaus bedrohlichen Körperhaltung beugte er sich zu mir herunter, was ich als sehr einschüchternd empfand, und fragte mich: „Was fällt Ihnen ein, diese Frage zu stellen! Woher haben Sie diese Informationen? Das hat ein Nachspiel!“ Andere Ratsmitglieder bekamen diesen Vorfall mit. Als Herr Kaser dieses realisierte, wandte er sich ab und ging zurück zu seinem Platz, augenscheinlich fühlte er sich „erwischt“.

### **Soziale Medien sind Herrn Kasers wichtig(st)er Kommunikationsweg**

Auch **mit kritischen Presseartikeln kann Herr Kaser nicht umgehen**. Presseartikel müssen nicht gefallen und man kann auch ganz anderer Meinung sein. Trotzdem ist ein Bürgermeister gesetzlich verpflichtet, auf Anfragen der Presse zu antworten und darf diese, wie in den letzten Monaten von Herrn Kaser praktiziert, nicht ignorieren. **Statt der Presse ihre Fragen zu beantworten, gibt er stattdessen seine Statements in den sozialen Medien** ab und beklagt sich über Artikel und einzelne Journalisten.

Transparente Kommunikation heißt für Herrn Kaser eine Kommunikation über die sozialen Medien. Hier kann er sich auf seinen Kreis von Unterstützern verlassen, die jede Kritik an ihm scharf zurückweisen und ihrerseits die Kritiker in nicht selten höchst polemischer Weise attackieren. Dieses lässt der Bürgermeister regelmäßig unkommentiert geschehen.

## Vertrauensverhältnis zu den Ratsmitgliedern ist zerstört

Über wesentliche Informationen und Veränderungen in der Verwaltung informiert der Bürgermeister nicht, stattdessen müssen die politischen Vertreter immer wieder feststellen, dass über unterschiedliche Kanäle die **Öffentlichkeit über Dinge informiert wurden, von denen die Politik bis dahin noch nichts wusste**. Beispiele hierfür sind

- die Veröffentlichung im Sommer 2023, einen City Manager in Wedel einstellen zu wollen. Anstatt mit den Ratsmitgliedern das Für und Wider zu besprechen, teilt er in der örtlichen Presse mit, dass er hierfür Fördermittel eingeworben hätte und kurzfristig einen City Manager einstellen werde. Dabei ignorierte er vollständig, dass es im Stellenplan dafür noch gar keine Stelle gab.
- Gleiches galt im Sommer für die Ankündigung, erneut einen Berater für die Entwicklung eines Innenstadtkonzept beauftragen zu wollen. Auch hierfür waren bereits Fördergelder eingeworben. So entlastend Fördergelder für den städtischen Haushalt auch sind, bedeuten andererseits aber immer auch einen Eigenanteil an Kosten für die Gemeinde. Es ist also sehr wohl gut zu überlegen, wofür Fördergelder eingeworben werden sollen.
- Am 19.01.2024 ist der Bürgermeister mit der damaligen HFA-Vorsitzenden zur Kommunalaufsicht gefahren, um dort für eine moderierende Rolle der Kommunalaufsicht in Wedel zu werben. Die Ratsmitglieder als „Betroffene“ erhielten weder vor noch nach dem 19.01.2024 eine Information dazu. Wenn dem Bürgermeister tatsächlich an einer Verbesserung der Zusammenarbeit gelegen war, so wäre der normale Weg gewesen: Man spricht darüber! - Die Ratsmitglieder haben von der ganzen Aktion nur erfahren, da der Bürgermeister in seiner Neujahrsansprache am 21.01.2024 stolz von seinem Plan berichtet.

Eine vom Bürgermeister erlassene Dienstanweisung erschwert die Kommunikation zwischen Verwaltung und Politik in Sachfragen und verlängert diese, wenn eingehende Schreiben, Anfragen etc. zunächst über seinen Schreibtisch gehen. Mit seinem „**Maulkorberlass**“ torpediert der Bürgermeister die notwendige Zusammenarbeit und verzögert die Bearbeitung der Vorgänge. Leider bleiben Anfragen auch regelmäßig bei ihm liegen und werden nicht an die zuständigen Sachbearbeitenden weitergegeben. So im Winter 2023 die Anfrage zur Priorisierung der Wedeler Kultur Nacht oder zu Beginn des Jahres 2024 die Einladung von Caudry in ihre Stadt.

Viele Ratsmitglieder empfinden es als **Vertrauensbruch**, wenn Herr Kaser aus vertraulichen Gesprächen mit ihnen später ungefragt zitiert: „Frau X sieht es genauso wie ich ... Herr Y hat mir gesagt, dass ... „Dabei wurden Äußerungen aus dem Zusammenhang gerissen und so interpretiert, wie es Herrn Kaser gerade ins Konzept passte.

Herr Kaser war selten um eine Ausrede verlegen und greift auch zu **Falschaussagen**, um sein eigenes Ansehen zu schützen. Dies gilt auch bei Terminabsagen wie beispielsweise der Absage des Regeltermins am 19.02.2024 mit den Fraktionsvorsitzenden mit einem dringenden Arzttermin. Am Folgetag konnten dann alle im Wedel-Schulauer-Tageblatt lesen, dass er tatsächlich beim Vorsitzenden des Rasse-Geflügelzüchterverein war, um hier einen Fauxpas aus dem Frühjahr 2023 glattzubügeln. Er hatte vor knapp einem Jahr diesem versprochen, einen Umschlag mit Geldspende zum Jubiläum vorbeibringen zu wollen. Dieses war bis dato nicht geschehen und wurde im Wedel-Schulauer-Tageblatt thematisiert.

Besonders die Haushaltskonsolidierung stellt Herr Kaser immer wieder so dar, als hätte er für die verabschiedeten Maßnahmen gesorgt. **Diese Aussage ist schlicht falsch.**

Im Mai 2022 machte der Fachbereich Finanzen während der kommunalen Finanztage in Berlin die Bekanntschaft eines Beratungsexperten zum Thema kommunale Finanzen. Im Oktober

organisierten der Fachbereich zusammen mit der Zentralen Steuerungsunterstützung einen Workshop für das Führungsteam, bei dem der Berater seine Strategien zur Haushaltskonsolidierung, zur strategischen Führung und zur Priorisierung von Investitionen präsentierte. Nach dieser Veranstaltung entschied sich Herr Kaser, basierend auf einer Empfehlung des Fachbereichs, für eine Zusammenarbeit mit dem Berater. Somit trat Herr Kaser einer bereits in Bewegung befindlichen Initiative bei, ohne diese selbst angestoßen zu haben. In den Monaten darauf entwickelte der Berater konkrete Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung, die in einem Workshop mit politischen Vertretern am 1. April 2023 abschließend besprochen wurden.